

Allgemeine und Schlussbestimmungen

Den Ansatz des Präsidiums, sich bei den Allgemeinen und den Schlussbestimmungen im künftigen Teil III des Verfassungsvertrages an den bisherigen Regelungen zu orientieren, begrüße ich nachdrücklich.

Von entscheidender Bedeutung ist für mich als Vertreter der deutschen Länder, dass der Verfassungsvertrag in allen seinen Teilen ratifizierungsbedürftig sein muss. Das gilt auch und gerade für Teil II, der in enger Verbindung mit Teil I sehr wesentliche Fragen der Kompetenzordnung umfassen wird. Er berührt somit die Hoheitsrechte der Mitgliedstaaten stark. Teil II muss daher dieselbe Rechtsqualität besitzen wie Teil I und demselben Änderungsverfahren unterworfen sein.

Mit anderen Worten: Das Erfordernis der Ratifikation durch alle Mitgliedstaaten ist für das Wirksamwerden künftiger Vertragsänderungen entscheidend. Ich spreche mich also insgesamt dafür aus, das bewährte Verfahren des jetzigen Art. 48 EU-Vertrag grundsätzlich beizubehalten.

Allerdings sollte weiter geprüft werden, ob größere Vertragsänderungen auch in Zukunft durch ein Konventsverfahren vorbereitet werden. Die bisherigen Ergebnisse unserer Arbeit legen dies nahe.

Für mich stellt sich schließlich die Frage, ob der Europäische Rat bereits im Verfassungsvertrag rechtlich verpflichtet werden kann, sich mit Schwierigkeiten bei der Ratifikation in einzelnen Mitgliedstaaten zu befassen. Eine Norm wie Abs. 3 des Artikels G ist zu diesem Zeitpunkt mangels Ratifikation noch nicht in Kraft getreten. Sie kann daher keine Rechtsgrundlage für das Handeln des Europäischen Rates sein. Der Gedanke der Regelung ist vernünftig. Man sollte daher eine entsprechende politische Aussage als Erklärung zum Verfassungsvertrag formulieren.